

## ***EUROPÄISIERUNG DES BALKAN: BOSNIEN – KOSOVO - MAZEDONIEN***

Zusammenfassung einer Podiumsdiskussion

17. Juni 2004

Es diskutierten: **Wolfgang Petritsch, Robert Pichler** und Christophe **Solioz**

Moderation: **Livia Klingl**

Anlass der Diskussion war die Präsentation des Buches „Der lange Weg zum Frieden: Kosovo-Kosova und die Internationale Gemeinschaft“ von Wolfgang Petritsch und Robert Pichler.

Christophe Solioz, Direktor des Forum for Democratic Alternatives mit Sitz in Sarajevo, Genf und Brüssel und Leiter des Next Step Projekts zur Förderung des „ownership process“ in Bosnien-Herzegovina, eröffnete den Abend mit einem Überblick über die Entwicklung in Bosnien-Herzegovina seit dem Dayton Friedensabkommen von 1995. Solioz skizzierte die Umsetzung der im Abkommen festgelegten Schritte, im Zuge derer sich die internationale Gemeinschaft in Bosnien zu politischem, wirtschaftlichem und administrativem Wiederaufbau verpflichtete. Statt der Einführung und Konsolidierung einer den Verhältnissen und der Geschichte des Landes angepassten Demokratie wurden Demokratie und Marktwirtschaft als Hilfsindustrie importiert, kritisierte Solioz. Dadurch wurden Passivität, Korruption und Abhängigkeit erzeugt und die ethnisch definierten Machtstrukturen gestärkt. Der geplante schrittweise Rückzug der internationalen Ordnungskräfte konnte deswegen nicht vollzogen werden. Ende der 1990er Jahre wurde die Strategie geändert; Wolfgang Petritsch, damals Hoher Repräsentant in Bosnien, engagierte sich in der Folge dafür, die Entscheidungsgewalt und politische Verantwortung systematisch an lokale Kräfte zu übertragen. In der Einschätzung des Erfolgs dieser neuen Strategie, meinte Solioz, solle man sich mehr auf die Analyse der Widerstände und Schwierigkeiten konzentrieren. Der Übergangsprozess, in dem sich Bosnien derzeit befinde, sagte Solioz abschließend, münde nicht automatisch in ein demokratisches Staatsgefüge. Für die Zukunft Bosniens sei es daher entscheidend, dass der begonnene Selbstverantwortungsprozess präzise und effizient fortgesetzt werde, wobei die EU stärker in den Vordergrund treten müsse.

Robert Pichler, Mitarbeiter an der Abteilung für Südosteuropäische Geschichte der Karl Franzens Universität Graz und Co-Autor des präsentierten Buchs, setzte mit einem Impulsreferat über Mazedonien aus historisch-anthropologischer Sicht fort. Seiner Meinung nach komme die soziale und kulturelle Verfasstheit der südosteuropäischen Gesellschaften in der politischen Analyse häufig zu kurz. Die europäische Politik, so Pichler, sei bisher in Mazedonien als Friedensvermittler aufgetreten, nämlich 1991, und habe unter sehr starkem Druck eine staatsrechtliche Ordnung etabliert, deren wichtigster Grundsatz die Aufrechterhaltung einer multiethnischen Gesellschaft sei. In den damit verbundenen Ansprüchen, so Pichler, liege ein krasser Widerspruch zu den in Mazedonien herrschenden Realitäten. Die makedonische Mehrheitsbevölkerung (rund 65 %) habe in den letzten Jahren eine Entwicklung erlebt, die sich stark von der der albanischen Bevölkerung des Kosovo (rund 25 %) unterscheidet. Der makedonische Bevölkerungsteil, der zu Zeiten des Kommunismus einen weit gehenden Modernisierungsprozess durchlaufen habe, sei zuletzt durch den Niedergang des Staates und den Zerfall der Ökonomie ins Hintertreffen geraten. Der albanische Bevölkerungsteil – der traditionellerweise am Land lebte, einen geringeren Lebensstandard hatte und dem Staat gegenüber große Distanz bewahrte – konnte durch Arbeitsmigration und im Ausland erwirtschaftetes Kapital in den letzten eineinhalb

Jahrzehnten seinen Lebensstandard enorm steigern. Vor diesem Hintergrund erklärte Pichler, seien die sozialen Spannungen zwischen den beiden Gruppen enorm gestiegen. Nur die albanische Bevölkerung Mazedoniens, so Pichler, könne derzeit die von der Interventionsinstanz Europa gestellten Ansprüche erfüllen. Dieses Problem, so Pichler, gäbe es nicht nur in Mazedonien, sondern auch im Kosovo und in Bosnien-Herzegovina.

Wolfgang Petritsch, derzeit Botschafter und Ständiger Vertreter Österreichs bei den Vereinten Nationen in Genf, sprach anschließend über den Kosovo. Die alles entscheidende Frage, so Petritsch, sei die des – zukünftigen – Status dieser serbischen Provinz. Diese Frage sei der Schlüssel zur Befriedung der gesamten Region. Das von ihm und Robert Pichler verfasste Buch befasse sich denn auch mit den Erfolgen und Misserfolgen der internationalen Gemeinschaft in der Lösung dieser Frage, die 1989 mit der gewaltsamen Abschaffung der Autonomie des Kosovo durch Milosevic begonnen habe. Milosevic, so Petritsch, sei zwar hauptverantwortlich für die Eskalation des Konflikts, bestanden habe dieser aber schon davor. Im Rahmen der Friedensverhandlungen für Bosnien-Herzegovina in Dayton, erklärte Petritsch, habe man das Thema Kosovo vollkommen ausgeklammert. Dadurch sei der ursprünglich friedliche zivile Widerstand unter Rugova geschwächt und der bewaffnete Widerstand der UCK gestärkt worden. Erst auf diesen hätte es internationale Reaktionen gegeben.

Petritsch forderte die gründliche Reorganisation der UNO-Verwaltung im Kosovo. Es müsse eine Trennung der Position des UNO-Verwalters und der des Vermittlers in Status-Fragen geben. Derzeit seien beide Funktionen in Personalunion verbunden, was dazu führe, dass die UNO mit sich selber über den Status des Kosovo verhandle, kritisierte Petritsch. Der UNO-Verwalter, argumentierte er weiter, müsse in erster Linie einen klaren Prioritätenkatalog formulieren. Dazu gehöre vor allem die Organisation der Rückkehr der Flüchtlinge und der intern Vertriebenen, sprich der Serben. Die Frage des zukünftigen Status des Kosovo sei eine hochdiffizile Angelegenheit, in der es auch darum gehe, dass die internationale Gemeinschaft ihre eigene Haltung zum Thema klar und eindeutig definiere. Erst dann könne man sich mit den zwei Parteien zu einem schwierigen Kompromiss durchringen. Dazu müsse man sich von nationalstaatlich-ethnischen Kategorien des Denkens verabschieden. Außerdem müssten beiden Seiten – Serbien und Kosovo – vorab bereits die Prinzipien und Kategorien von Autonomie bzw. Staatlichkeit im Zusammenleben akzeptieren. Weder dürfe Belgrad auf den Status quo insistieren, noch die Kosovo-Albaner nur die Vorstellung vollständiger Unabhängigkeit von Belgrad als Lösung akzeptieren. Blieben die Fronten so verhärtet, meinte Petritsch, käme man nie zu einer fruchtbaren Debatte.

In der Diskussion, die den drei Impulsreferaten folgte, wurden verschiedene Teilaspekte besprochen: Etwa die Frage, wie man Kosovo-Albaner auf der einen, und Serben auf der anderen Seite in Bezug auf ihre Haltung zum Kosovo zum Umdenken bewegen könne. Diskutiert wurde auch die Rolle der SFOR-Truppen in Bosnien und die Frage, ob eine Teilung des Kosovo als Lösung des Konflikts in Frage komme. Insgesamt war man der Ansicht, dass nur überregional wirksame Ideen, die für alle drei Länder von Vorteil seien, langfristig zu einer echten Entspannung am Balkan führen können. So würde, erklärten Pichler und Petritsch unisono, eine Teilung des Kosovo – die durchaus ein realistisches Szenario sei – sofort die Integrität des makedonischen Staates in Frage stellen und auch die Frage Bosnien reaktivieren. Neben demokratischen und ökonomischen Kriterien, so Petritsch außerdem, müssten im Zusammenhang mit der europäischen Integration Südosteuropas auch politische Entscheidungen von Seiten der EU getroffen werden, in denen es darum gehe, sich am Balkan verstärkt zu engagieren, um eine Lösung herbeizuführen.

**Wolfgang Petritsch**

derzeit Botschafter und Ständiger Vertreter Österreichs bei den Vereinten Nationen in Genf, war als Hoher Repräsentant der internationalen Gemeinschaft Zivilverwalter in Bosnien und Herzegowina (1999-2002), davor EU-Sonderbotschafter für Kosovo und europäischer Chefverhandler bei den Friedensverhandlungen in Rambouillet und Paris. Autor bzw. Ko-Autor von Büchern über Bruno Kreisky, Kosovo, Bosnien und Herzegowina, übersetzt in mehrere Sprachen.

**Robert Pichler**

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Abteilung für Südosteuropäische Geschichte der Karl Franzens Universität Graz und Mitglied des Centre for the Study of Balkan Society and Culture (CSBSC). Im Zentrum seiner Forschungen stehen Arbeiten zur historischen Anthropologie des südöstlichen Europa mit Schwerpunkt Albanien, Kosovo und Mazedonien.

**Christophe Solioz**

Direktor des Forum for Democratic Alternatives, Sarajevo/Genf/Brussels. Studium der Philosophie, Psychologie, Pädagogik, italienischer und deutscher Literatur in Zürich und Genf. Gastprofessor für Soziologie; Sozialtherapeut; Sprachlehrer. Seit 1992 Koordinator verschiedener Projekte im Bereich „civil society Entwicklung“ im ehemaligen Jugoslawien. Seit 2000 Leiter des Next Step Projektes zur Förderung des „ownership-process“ in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien.

**Livia Klingl**

Leiterin des Ressorts Außenpolitik, *Kurier*  
Autorin des Buches *Menschen zwischen den Fronten*, NP-Verlag